

Amt des Ministerpräsidenten  
Referat Eingaben

Berlin, den August 1990

### I N F O R M A T I O N

über die an den Ministerpräsidenten und an die Regierung der DDR gerichteten  
Zuschriften und Eingaben im Monat Juli 1990

---

Im Monat Juli wurden 6.102 Zuschriften und Eingaben an den Ministerpräsidenten und an die Regierung von Bürgern aus beiden deutschen Staaten sowie von Arbeitskollektiven, Verbänden, Bürgerinitiativen, Religiösen Gemeinschaften und anderen Organisationen aus der DDR gerichtet. Davon waren 4.474 Briefe direkt an den Ministerpräsidenten adressiert.

Gegenüber dem Vormonat (5.101) ist die Zahl der Zuschriften und Eingaben wesentlich angestiegen.

5.099 Schreiben enthielten persönliche Anliegen von Bürgern der DDR, die in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien und kommunalen Organen bearbeitet wurden.

Zahlenmäßig konzentrierten sich die Schreiben von Bürgern der DDR, insbesondere aus Berlin (515) und den Bezirken Dresden (622), Chemnitz (542), Halle (429), Leipzig (391) und Erfurt (359).

Aus der BRD und Westberlin gingen 1226 Zuschriften ein. Von durchschnittlich 7 Bürgern pro Tag und mit 26 telefonischen Auskunftserteilungen täglich wurde die öffentliche Sprechstunde gegenüber dem Monat Juni noch stärker in Anspruch genommen.

### Wertungen und Tendenzen

Die inhaltliche Wertung der Zuschriften und Eingaben verdeutlichte im Vergleich zum Vormonat, daß die kritischen Meinungsäußerungen der Bürger aus beiden Teilen Deutschlands zur Tätigkeit der Regierung zugenommen haben.

Obwohl in vielen Briefen nach wie vor anerkennende Worte gegenüber dem Ministerpräsidenten und den Regierungsmitgliedern für die bisher geleistete Arbeit ausgesprochen wurden, in vielen Bürgermeinungen sachliche Kritik zum Ausdruck kommt, gibt es jedoch auch verstärkt aggressive Boshaftigkeit.

In den Briefen wird der Regierung teilweise Konzeptionslosigkeit vorgeworfen und die Frage gestellt: "Wo die neue freie Demokratie hinsichtlich des Einigungsprozesses geblieben ist?" - "Müssen wir im gebückten Gang in die Deutsche Einheit gehen?"



"Kann nicht zusammenwachsen, was zusammengehört?" - "Muß es zusammenwuchern?"

Teilweise sind die Standpunkte der Bürger sehr widersprüchlich. Einerseits begrüßen sie die Einführung der D-Mark als international anerkanntes Zahlungsmittel andererseits wird gegen Folgeerscheinungen der Einführung der Marktwirtschaft, wie Arbeitslosigkeit, Leistungsdruck und steigende Preise für Mieten und Dienstleistungen protestiert. Ausgangspunkt dieser Betrachtungen der Bürger ist die Aussage des Ministerpräsidenten bei der Unterzeichnung des Staatsvertrages: "Niemanden wird es schlechter gehen als vorher". Die seit dem 2. Juli 1990 erhöhten Preise für bestimmte Grundnahrungsmittel, Dienstleistungen (Friseur, Reparaturen, Reinigung), Werkessen, Rentnerverpflegung, Schülerspeisung, Postgebühren und den Zinsen für bereits ausgeteilte Kredite wurden von den Bürgern immer wieder mit ihren gleichbleibenden Löhnen, Gehältern, Stipendien und Renten verglichen.

Herr Manfred K. [REDACTED] aus Berlin bemerkt in seinem Brief:

"Was ist nur innerhalb von so kurzer Zeit aus unserem Land geworden? Ich fühle mich, wie sehr viele andere Menschen auch, verraten und verkauft. Verkauft für ein bißchen Westgeld. Für einen Teller Erbsensuppe, der bis zum Juni in der Betriebsgaststätte 0,70 M gekostet hat, verlangt man jetzt 5,90 DM."

Familie S. [REDACTED] mit ihren 4 Kindern schreibt u. a.:

"Durch das neue Lohnsteuersystem haben wir netto monatlich rund 350,- DM weniger Monatseinkommen - und das bei gestiegenen Preisen!" Aber: "Es wird keinem schlechter gehen als vorher!"

Solche Meinungsäußerungen sind keine Einzelbeispiele, sie treten häufiger als in den Vormonaten auf.

Im Bereich des Handels haben sich seit der Währungsumstellung und der Veröffentlichungen des Gesetzes zur Entflechtung des Handels vom 6. Juli 1990 die Proteste der Bürger und der Mitarbeiter des Handels drastisch verstärkt.

So wird in einem Schreiben der Noweko-Handelsgesellschaft mbH Güstrow mitgeteilt: "Wir werden bei Bestehenbleiben dieses gegen die Handelsmitarbeiter gerichteten Gesetzes einen Generalstreik durchführen!"

Aus Landkreisen und Grenzregionen der DDR wurde gegen Preiswucher und unzureichende Versorgung mit Grundnahrungsmitteln protestiert. Auch wurde kritisiert, daß die Bereitstellung von Diabetikerwaren nicht gesichert und wenn vorhanden, die Preise dafür überhöht waren.



Die Zuschriften auf dem Gebiet Arbeit und Soziales haben sich gegenüber dem Vormonat wesentlich erhöht. Zahlreichen Briefen war zu entnehmen, daß soziale Unsicherheit die Einsender und ihre Familienangehörigen bewegen, da sie bereits arbeitslos sind bzw. in nächster Zeit durch Strukturveränderungen der Betriebe ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Die Sorgen und Ängste werden dadurch erhöht, da den meisten Werktätigen bisher keine Alternativen zur beruflichen Veränderung angeboten wurden.

Weitere Eingaben und Resolutionen von einzelnen Werktätigen, Arbeitskollektiven und Gewerkschaften enthielten Forderungen zur Erhöhung ihrer Löhne und Gehälter. Derartige Anliegen waren mit dem Hinweis verbunden, daß für Erzeugnisse des Handels und der Dienstleistungen höhere Preise zu bezahlen sind. Auch wurden Vergleiche zu den Arbeitseinkünften der BRD-Bürger angestellt.

Vor allem Beschäftigte aus dem Bildungsbereich protestierten in ihren Eingaben gegen vorgenommene Veränderungen hinsichtlich der bisher gewährten Steuerfreibeträge von 30 %, wodurch ihr monatlicher Nettolohn um ca. 150,- DM verringert wurde.

Eine steigende Tendenz gab es bei den Zuschriften, in denen Rentner ihr Unverständnis über die Neuberechnung ihrer Renten zum Ausdruck brachten. Sie vertraten den Standpunkt, daß der neue Rentenbetrag nicht ihren Erwartungen entspricht, um ein sozial erträgliches Leben künftig zu sichern.

Obwohl in den Medien zahlreiche Veröffentlichungen über die Rentenberechnungen erfolgten, war den Eingaben zu entnehmen, daß die älteren Bürger davon ausgingen, daß zu ihrer Grundrente in Höhe von 495,- DM zusätzliche Zahlungen, wie z. B. Witwenrenten, erfolgen.

Im Berichtszeitraum wandten sich verstärkt Bürger mit Anfragen an die Regierung hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Wohnungsmieten. Einerseits kommt in den Briefen Angst und Ungewißheit der Bürger über den Zeitraum und die Höhe der Mieten zum Ausdruck, andererseits erheben private Vermieter Forderungen nach kurzfristigen Mietanhebungen bzw. Schaffung eines entsprechenden staatlichen Ausgleiches für die von ihnen verauslagten Gelder zur Instandhaltung und Instandsetzung ihrer Wohnungen und Häuser.

Immer mehr Bürger, die seinerzeit die DDR legal oder ohne Genehmigung verlassen haben, bringen den Wunsch vor, wieder in ihre alte Heimat zurückzukehren. Dabei schildern sie auf anschauliche Art und Weise, welche erheblichen Probleme sie beim Erhalt von Wohnraum haben, da eine kurzfristige Versorgung mit entsprechenden Wohnungen von den örtlichen Verwaltungsorganen in den wenigsten Fällen in Aussicht gestellt wird.



Die Zuschriften auf dem Gebiet der Regionalen und Kommunalen Angelegenheiten beinhalten in der Regel Anfragen von Bürgern und Initiativgruppen zur Länderbildung, Vorschläge über künftige Landeshauptstädte sowie Forderungen von einzelnen Gemeinden, Städten und Kreisen nach Bürgerentscheidungen über eine andere als die vorgesehene Zugehörigkeit zu einem Land.

Im Mittelpunkt der Briefe örtlicher Verwaltungsorgane steht ausnahmslos die Frage nach Überwindung bestehender finanzieller Probleme. So schreibt die Bürgermeisterin der Gemeinde Grüneberg (Landkreis Flöha) stellvertretend für viele andere: "Wir haben uns am 18. März entschieden, doch kann es nicht so sein, daß Städte und Gemeinden alleingelassen und ihrem Schicksal überlassen werden. Bereits im Monat Juni konnte kein Geld mehr bezahlt werden, Rechnungen häufen sich, können nicht beglichen werden. Finanzielle Mittel für Lohn- und Gehaltszahlung fehlen, dafür wurden unsere Einnahmen unseres Volksvertreterfonds verwendet."

Im Monat Juli waren die Zuschriften von Bürgern aus beiden deutschen Staaten zur Klärung der eigentums- und vermögensrechtlichen Fragen ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt in der Eingabenarbeit.

Wie auch in den Vormonaten erwarteten die Bürger aus der DDR sowie aus der BRD eine in ihrem jeweiligen Sinne gerechte Lösung. Angestiegen sind in diesem Zusammenhang jene Zuschriften, die noch vor der Wiedervereinigung einen Lastenausgleich für ihr Eigentum bei der Umsiedlung im Jahre 1945 fordern.

Unverständnis wurde in vielen Briefen auch darüber geäußert, daß sich die Regierung der DDR zu den Enteignungen der Jahre 1945 bis 1949 bekennt. Sie fordern die Wiederherstellung der durch SMAD-Befehl und Bodenreform verlorenen Eigentumsrechte.

Es wird eingeschätzt, daß mit der beschlossenen Verordnung des Ministerrates über die Anmeldung vermögensrechtlicher Ansprüche notwendige gesetzliche Voraussetzungen geschaffen wurden, um für die Betroffenen Klarheit zu diesen komplizierten Fragen zu erlangen und somit auch die Eingaben an die Regierung auf diesem Gebiet voraussichtlich geringer werden.

Die breite Diskussion um die Frage nach der Hauptstadt eines geeinten Deutschlands widerspiegelte sich auch in zahlreichen Briefen und Zuschriften an den Ministerpräsidenten. Festzustellen ist, daß die überwiegende Post hierzu aus der BRD und Westberlin eingeht und mehrheitlich die Auffassung vertreten wurde, daß nur Berlin Hauptstadt Deutschlands sein kann. So schreibt u. a. Herr K. [ ] aus München: "...daß Sie für Berlin als Hauptstadt eines vereinigten Deutschland so vehement eintreten, habe ich mit Genugtuung vernommen. Bleiben Sie in dieser Sache hart, geben Sie das Faustpfand Berlin nicht aus der Hand."



Die DDR hat schon genügend Abstriche machen müssen."

Die öffentliche Sprechstunde (151 Bürger) im Amt des Ministerpräsidenten und die telefonische Auskunftserteilung (515 Anrufer) verdeutlichten auch im Monat Juli, daß bei vielen Bürgern nach wie vor das Bedürfnis besteht, ihre Anliegen persönlich vorzutragen bzw. ihre Meinungen und Standpunkte unverzüglich durch telefonische Kommunikation mitzuteilen. Die Schwerpunkte in diesem öffentlichkeitswirksamen Bereich lassen sich inhaltlich mit denen im Bericht genannten Wertungen und Tendenzen der Eingaben und Zuschriften vergleichen. Sowohl von Arbeitskollektiven, die mit Petitionen im Amt des Ministerpräsidenten vorsprachen, als auch von einzelnen Bürgern wurde positiv gewertet, daß sie durch Abteilungs- bzw. Referatsleiter empfangen und ihnen zur Klärung ihrer Probleme gebührende Aufmerksamkeit und Zeit gewidmet wurde. Es kann eingeschätzt werden, daß diese individuelle Form der Bearbeitung von Bürgeranliegen wesentlich dazu beigetragen hat, Vertrauen in die Tätigkeit des Ministerpräsidenten und der Regierung zu schaffen.

## Statistische Übersicht

		(Vergleich Vormonat)	Anteil an Gesamt- eingaben in %
1. Zuschriften und Eingaben an den Ministerpräsidenten und an den Ministerrat	6102	5101	100
<u>davon:</u> Eingaben (persönliche Anliegen)	5099	4052	83,5
Zuschriften mit Vorschlägen, Hinweisen und Meinungsäußerungen	1003	1049	16,4
2. Zuschriften und Eingaben aus der BRD und Westberlin	1226	889	20,0
Ausland	48	54	0,7
3. Eingaben nach Fachbereichen	5099	4052	100
Finanzen und Preise	1177	1351	23,1
<u>davon:</u> Eigentumsfragen, Häuser und Grundstücke	488	441	9,6
Arbeit und Soziales	1396	261	27,4
<u>davon:</u> Renten	848	280	16,6
Löhne und Gehälter	237	80	4,6
Wohnungs- und Bauwesen	200	180	3,9
Justiz	293	305	5,7
<u>davon:</u> Rehabilitierung	137	119	2,6
Wirtschaft	217	257	4,3
Innere Angelegenheiten	135	131	2,6
Verkehr-, Post- und Fernmeldewesen	117	83	2,3
Landwirtschaft	267	152	5,2
Gesundheitswesen und Versicherungen	96	68	1,9
Umwelt, Naturschutz und Energie	91	53	1,8
Bildung und Wissenschaft	57	90	1,1



		(Vergleich Vormonat)	Anteil an Gesamt- eingaben in %
Abrüstung und Verteidigung	40	30	0,8
Handel und Tourismus	485	64	9,5
<u>davon:</u> Preise	209	40	4,1
Kultur, Jugend und Sport	102	51	2,0
Auswärtiges und Zoll	65	88	1,3
Kommunales und Regionales	135	31	2,6
Familie und Frauen	131	85	2,6
Medien	95	486	1,9
4. Zuschriften mit Vorschlägen, Hinweisen und Meinungsäußerungen	1003	1049	100
<u>davon:</u> Meinungsäußerungen zur Tätigkeit der Regierung und politischen Situation	375	381	37,4
Staatsvertrag, parlamentarische Fragen und Parteiangelegenheiten	185	339	18,4
Protokoll	252	153	25,1
Anonym	191	176	19,1
5. Öffentliche Sprechstunde und Telefondienst im Amt des Ministerpräsidenten			
Besucher	151	107	
telefonische Auskunftserteilung	515	754	

Büro Dr. Moritz

Datum: - 8. 08. 90

6140 / 60

lfd. Nr.: 1742

9/8/W

Abteilung 3

Berlin, 6. 8. 1990

Ministerpräsident, Herr Lothar de Maizière  
Minister im Amt des Ministerpräsidenten, Herr Reichenbach  
Staatssekretär, Herr Dr. Klepel  
Staatssekretär, Herr Dr. Krause  
Regierungssprecher, Herr Gehler  
Staatssekretär, Herr Dr. Moritz

---

Als Anlage übergebe ich Ihnen die Information über die an den Ministerpräsidenten und an die Regierung der DDR gerichteten Zuschriften und Eingaben im Monat Juli 1990 zur Kenntnis.

*Nübel*  
Dr. Nübel  
Abteilungsleiter

Cochäftszeichen  
3 - 04100 - *Bevich, Aug 7*  
nach Bearbeitung an Bev